Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 13 (1918)
Heft: 6

Artikel: Direkte Steuern in Russland
Autor: M.Ch.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-351564

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

selbstverständlich die einheimischen Wehrmannsfrauen eingeschlossen, da sieht es mit der Ausbezahlung der Unterstützung an manchen Orten noch bitterböse aus. Sollte das schweizerische Militärdepartement etwa der Meinung sein, die neuen Ansätze vom 6. April genügen, so irrt es sich gewaltig. Mit 90 Rp. läßt sich heute kein Kind ernähren. Wir sind nicht so reich an Menschenmaterial, daß unsere Kinder infolge Unterernährung ungestraft für das Volksganze dahinsiechen dürfen. Wir bitten um Berichte über solche Versammlungen, die jeweils in unserer „Vorkämpferin" veröffentlicht werden. R. B.

Die Heiligkeit der Familie.

Daß es eine Familie gibt, und daß wir zu einer bestimmten Familie gehören, scheint uns immer noch selbstverständlich zu sein. Wir lernen, daß die Familie die Grundlage des Staates sei, und wir wissen, daß eine staatliche Bewilligung nötig ist, um eine Familie zu gründen. Eine Ehe ohne standesamtlichen Segen wird von der öffentlichen Meinung sowohl als vom Staat als etwas Ungehöriges, ja Gesetzwidriges verurteilt. Dieses Vorurteil von der Heiligkeit und Notwendigkeit der Familie ist so festgewurzelt, daß man gar nicht daran denkt, wie sehr die Grundlagen des Familienlebens durch die modernen Produktionsverhältnisse schon erschüttert sind.

Bei einem großen Teil der Arbeiter beschränkt sich das Familienleben darauf, daß Eltern und Kinder miteinander am gleichen Tisch essen, daß die Eltern verpflichtet sind, für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, daß sie Sonntags miteinander spazieren gehen. Aber die Erziehung, die Unterhaltung, das Spiel finden die Kinder auf der Straße. So daß eine große Familie für die Eltern meist eine Last, für die Kinder eine Bedrückung bedeutet, der sie sich möglichst bald entziehen.

Für den bürgerlichen Staat ist es natürlich sehr bequem, aber durchaus nicht gerechtfertigt, den Eltern die ganze Last für den Unterhalt der Kinder aufzubürden. Für uns muß es sich darum handeln, einen Weg zu finden, der zwar den Eltern Freude am Wachstum, an der Entwicklung ihrer Kinder läßt, ihnen aber die Sorgen für ihre Ernährung und Kleidung abnimmt. Deshalb kann uns auch nicht mehr das alte, kleinbürgerliche Familienideal vorbildlich sein, das im Vater den Ernährer, in der Mutter die Köchin und das Hausmädchen für die Familie sieht. Die Familie ist uns zu eng geworden, wir wollen nicht abgeschlossen voneinander wohnen, sondern wir wollen miteinander und füreinander leben. Wir haben auch nicht wie der Bourgeois ein Interesse an der Abgeschlossenheit, wir haben weder ein Geschäft noch ein Vermögen, das wir unsern Kindern als Erbe hinterlassen können. Im Gegenteil, die ganze Entwicklung der Arbeiterbewegung zeigt uns, daß wir nur stark sind, wenn wir zusammenhalten. Solidarität und gegenseitige Hilfe sind Lebensnotwendigkeiten für das Proletariat. Und wenn wir an eine zukünftige Gesellschaft denken, so erscheint uns als Selbstverständlichkeit, daß die Sorge für Kleidung, Nahrung, Erholung nicht mehr die Sache eines Einzelnen, sondern der Gesamtheit ist. Die ökonomischen Ursachen, die heute eine Familie zusammenhalten, fallen damit weg. Das Zusammenleben wird freier, inhaltsreicher werden, kein Staat braucht sich mehr darum zu kümmern, wenn zwei Menschen eine Ehe schließen wollen. Die Frauen werden nicht mehr mit Zittern an die Mutterschaft denken müssen, denn wenn sie der Allgemeinheit ein Kind schenken, wird sich die Allgemeinheit zur Pflicht machen, für das Kind und die Mutter zu sorgen.

Das sind Zukunftsträume. Teilweise ist es aber auch Vergangenheit. Denn es gab einmal einen Zustand in der menschlichen Gesellschaft, wo das Privateigentum noch nicht bestand, wo es keine einzelnen, von einander abgeschlossene Familien mit Privatinteressen gab, sondern wo ein ganzer Stamm eine Gemeinschaft bildete. Wir nennen jenen Zustand der Gesellschaft Barbarei. Aber es gab damals keine Ausbeutung und Lohnsklaverei, die Menschen waren zwar Barbaren, aber sie waren frei.

Die moderne Entwicklung lehrt uns jenes Barbarentum wieder schätzen. Auch wir können nur frei sein, wenn es kein Privateigentum und keine Privatinteressen mehr gibt, die Ausbeutung und Unterdrückung zur Folge haben. Die Familie, die Stütze und der Träger des Privateigentums, muß verschwinden. Genossenschaftliches Zusammenleben soll die Grundlage der neuen Gesellschaft sein. Minna Christinger.

Direkte Steuern in Rußland.

Ein amerikanischer Bourgeois veröffentlicht in der „N. Z. Ztg." einen entrüsteten Brief darüber, wie der Soviet in Moskau sich Geld verschafft. Wir sind natürlich gar nicht entrüstet, sondern freuen uns darüber, daß unsere russischen Genossen die Kapitalisten an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen wissen. Der politischen Macht der Bolschewiki hätte sich die ehemals besitzende Klasse, wenn auch zähneknirschend, schließlich gefügt, aber daß die Bolschewiki den Kapitalisten die Grundlage ihrer ehemaligen Herrschaft, das Kapital wegnehmen, und damit jede Möglichkeit, Geschäfte und Profite zu machen, das empfinden sie als schrecklich und schauderhaft. Und gerade das scheint uns Sozialisten das wirksamste Mittel zur Ausrottung des kapitalistischen Systems zu sein.

Der Amerikaner schreibt:

Eines der ersten Dekrete ermächtigte die „Behörden", in die Häuser zu gehen, wo man wußte, daß Geld und Wertpapiere, Pretiosen usw. vorzufinden waren, gleichviel, ob bei Russen oder Fremden. Und die „Behörde" ging und holte! Ein weiteres Dekret erteilte den strikten Befehl, daß innerhalb einer Frist von wenigen Tagen alle Besitzer von Kassenschränken, Private wie Banken, Fremde wie Einheimische, sämtliche zugehörigen Schlüssel zu diesen Eisenbehältern, genau etikettiert mit Name, Straße, Hausnummer und Etage, beim „Sekretariat" des Soviets abzuliefern hätten zur Inventaraufnahme, widrigenfalls der Totalinhalt der Schränke als zum voraus sequestriert betrachtet werde.

Was blieb also anderes übrig, als die passenden Schlüssel der „Amtsstelle" prompt und nach Vorschrift einzuliefern? Die Inventuraufnahme erfolgte denn auch pünktlich natürlich auch bei den Ausländern, bei denen anstandshalber jemand von deren Konsult mitzuschauen durfte. Dann wurden die betreffenden Schlüssel fein ordentlich mitgenommen, und nun hatte „man" an Hand der Listen freie Wahl, da zu „schöpfen", wo am meisten „Greifbares" zu holen war. Je nach Bedarf (der nicht klein war) holte man dann auch ohne großes Besinnen sowohl Bargeld wie Werttitel oder Pretiosen. Früher kannte man den Spruch: „Die Kirche hat einen guten Magen", jetzt heißt es: „Der Soviet verdaut alles". Mit Schlüssel und Liste ging „man" zuerst dahin, wo am meisten zu holen war.

Als die ersten Dekrete dieser Art in Wirksamkeit traten, hofften Russen, die große Vermögen besaßen, durch Uebertragung an Fremde wenigstens einen Teil ihrer Gelder und Werte zu retten in der Meinung, daß das Besitztum der Fremden durch deren Konsulate geschützt und gesichert sei. Es sind mir damals von russischen Bekannten zusammen für über eine Million zur Uebertragung auf meinen Namen offeriert worden, und zwar sollten diese Guthaben bei den Banken in Moskau effektiv in mein Eigentum übergehen, während ich Schuldner von nur 10 Prozent der Werte geworden wäre, also mit, beispielsweise, 100,000 Rubel eine Million erworben hätte. Fürwahr ein brillantes Geschäft! Als die guten Leute aber später einsahen, daß der Fremde genau so „ausgezogen" wird wie der Russe, fiel dieses glänzendste aller Geschäfte dahin, was mir außerordentlich leid tat. —

Um übrigens alle Schafe zu gleicher Zeit und absolut sicher scheren zu können, ersann der Soviet ein unfehlbares Mittel, indem er verfügte, daß alle jetzigen Banknoten in bestimmter Frist ihre Gültigkeit verlieren sollen, da er eine neue Notenemission ausgibt. Wer so freundlich ist, und seine alten Noten bringt, erhält, innerhalb der fraglichen Frist, noch ganze 50 Prozent, d. h. die Hälfte seines Geldes; wer das aber versäumt,

behält eben seine Noten und kann dann seine gute Stube oder das finstere Oertchen damit tapezieren! Ich sprach mit dem Direktor der Moskauer Handelsbank persönlich, um von meinen dort deponierten 160,000 Rubel wenigstens eintausend zu erlangen. Aber alles vergebene Liebesmühe! Er erklärte mir, daß ihm persönlich des striktesten untersagt sei, über mehr zu verfügen, als was er selbst für seinen täglichen Lebensunterhalt brauche!

Alle Welt weiß, daß bei allen Banken in ganz Rußland die Tresors versiegelt und die Türen fest verschlossen sind, die Korrespondenzen nicht mehr ankommen und jeglicher Transfert unmöglich ist. Draußen aber, vor den Türen, steht der Bankerott.

Wir fügen hinzu: Allerdings der Bankerott, aber der Bankerott der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet für uns: der Anfang des Sozialismus. M. Ch.

Der „starke" Bundesrat.

Der neue russische Gesandte für die Schweiz, Genosse Jean Berzine, ist in Bern eingetroffen. Sein offizieller Titel ist „bevollmächtigter Vertreter der Föderativen Sozialistischen Soviet-Republik für die Schweiz". Als Gesandschaftssekretärin amtiert auch eine Genossin, Frau Pokrowski. Der Bundesrat geruhte nicht, den Gesandten offiziell anzuerkennen, jedenfalls fehlt noch der Wink aus Deutschland. Inzwischen hat aber Graf Mirbach, der deutsche Botschafter in Moskau, Lenin seinen offiziellen Besuch gemacht, so daß Hoffnung besteht, daß der Bundesrat der sogenannten ältesten Republik Europas dazu kommen wird, die Sozialistische Soviet-Republik Rußland anzuerkennen. Leicht mag es ja den Herren gewiß nicht fallen.

Aus der Frauenbewegung.

Inland.

Die Bürgerinnen der Stadt Basel haben sich Sonntag, den 12. Mai zum erstenmal an der Wahlurne eingefunden, um ihr Stimmrecht in kirchlichen Angelegenheiten auszuüben. Ein bürgerliches Blatt bemerkt dazu höchst erstaunt, die Frauen hätten sich gar nicht ungeschickt benommen. (Heilige Simplizitas.)

Der Große Rat des Kantons Waadt hat eine Motion zugunsten des Frauenstimm- und -wahlrechtes erheblich erklärt.

Der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht hält am 1. und 2. Juni seine VII. Generalversammlung in Bern ab. Die Delegiertenversammlung findet im Großratssaal statt und ist öffentlich. Im Vordergrund der Beratungen steht: Das Frauenstimmrecht in der Schweiz. Das Frauenstimmrecht vor den Großen Räten der Kantone Bern, Basel, Neuenburg, Genf, Solothurn, Zürich und Waadt. Berichterstattung durch Rednerinnen der betreffenden Kantone. (Hiezu ist zu bemerken, daß stets die Vertreter unserer Partei es waren, welche in den Parlamenten den Vorstoß gemacht haben, meistens im Stiche gelassen von den gut bürgerlich gesinnten Demokraten, Freisinnigen und wie all die anderen Parteien sich nennen.) Frl. Georgine Gerhard, Basel und Frl. Rose Rigaud, Neuenburg halten einleitende Referate zum folgenden Punkte der Tagesordnung: Die Frauen und die politischen Parteien. Daran anschließend folgt die Meinungsäußerung der Delegierten.

Ausland.

In das dänische Parlament sind neun Frauen gewählt worden in die erste und zweite Kammer.

In Oesterreich-Ungarn ist der diesjährige Frauentag zu einer machtvollen Kundgebung für den Frieden und das Frauenwahlrecht geworden An der Versammlung in Wien in der Volkshalle nahmen 4000 bis 5000 Frauen teil; in Brünn waren es zirka 2000. Aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Steiermark, Ober- und Niederösterreich, aus Kärnthen, Tirol, Salzburg und Vorarlberg lauten die Berichte ebenso günstig. Die „Wiener Arbeiterinnenzeitung" schreibt darüber: „Wir sind überzeugt, wie jedes Jahr wird auch diesmal der Frauentag Früchte tragen und die Schar unserer Mitkämpferinnen vermehren. Schon heute melden die Berichte, daß überall Mitglieder aufgenommen wurden, in manchen Orten bis zu hundert. Als unser bestes und wirksamstes Agitationsmittel für die Forderungen der Frauen hat sich bisher der Frauentag bewährt. Noch nie allerdings war die Stimmung der Teilnehmerinnen eine so erregte wie diesmal. Minutenlang mußten die Rednerinnen innehalten, so leidenschaftlich äußerten sich die Empfindungen der Zuhörerinnen. Was sich an Schmerz, Groll und Verzweiflung angesammelt hatte, drängte zum Ausbruch. Die gemarterten Frauen empfanden es als eine Wohltat, daß sie einmal so viele beisammen waren, und gewannen aneinander Mut, auszusprechen, was sie denken. So war es auch in Wien in der Volkshalle, wo wohl eine der erregtesten Versammlungen getagt hat, die je stattgefunden hat. Ingrimm, Schmerz, Tränen, alles kam zum Ausbruch. Friede und Freundschaft mit allen Völkern, keine Vergewaltigung anderer Völker, keine brutalen Sieger, keine Rüstungen im Zukunft, Einfluß der Frauen im Parlamente und Gemeinde, das war es, was in allen Versammlungen alle bewegte."

Die Führerinnen der jungen sozialistischen Frauenbewegung in Bosnien und der Herzegowina haben es trotz aller Schwierigkeiten für ihre Ehrenpflicht gehalten, in Serajewo am 6. April eine Frauentagsversammlung abzuhalten.

In Galizien fand in Krakau eine erfolgreiche Versammlung statt.

In Holland wurde der Frauentag an 44 Orten abgehalten, die „Proletarische Frau", das holländische Schwesterorgan schreibt darüber: „In der Form öffentlicher Versammlungen, in denen ein Vortrag die Bedeutung und die Forderung des Frauentages behandelte, vielerorts durch Gesang und Musikvorträge, Deklamationen festlich gestaltet. Die Versammlungen waren überall sehr gut besucht. Der Geist der Versammelten war der beste. . . . Der Internationale Frauentag hat in Holland die Kraft der Genossinnen vergrößert, ihren Eifer verdoppelt, ihre Entschlossenheit angefeuert."

Laut Beschluß der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie sind Frauentagsversammlungen in Deutschland vom 1. bis 15. Mai angesagt worden. Ob und in welcher Art die Versammlungen stattgefunden haben, ist uns bis zur Stunde nicht bekannt. Wir wissen nur, daß ein großer Teil der tüchtigsten Genossinnen und Genossen, gerade solche, welche im Sinne und Geiste der revolutionären, internationalen Sozialdemokratie sprechen würden, ein öffentliches Redeverbot haben, mit einem sogenannten „Maulkratten" herumgehen müssen. Auch sind bekanntlich die harmlosesten Versammlungen verboten worden. Es scheint, als ob man sich auch dieses Jahr wieder dem Verbot gefügt habe. Wie lange noch? Die Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung" ist zum 1. Mai als Frauentags- und Wahlrechtsnummer erschienen, mit wertvollen Beiträgen der Genossinnen Zetkin, Zietz, Wurm und anderen aus Deutschland; Agnes Robmann, Schweiz; Ankersmit, Holland; Buchinger, Ungarn u. a. m.

Württemberg und das Frauenstimmrecht. Der staatsrechtliche Ausschuß der Zweiten Kammer beschloß bezüglich der Eingabe über das Frauenstimmrecht, dem Plenum folgende Entschließung vorzulegen: Die Kammer lehnt mit der Regierung die Forderung auf Gewährung des kommunalen und parlamentarischen Wahlrechts an die Frauen ab. Sie erblickt dagegen in der durch Gesetz, Verordnung oder Verfügung zu regelnden weiteren Heranziehung von entsprechend vorgebildeten Frauen als sachverständigen Beiräten zu den Ausschüssen der Gemeindevertretungen und den gesetzlich organisierten Körperschaften sowie als Mitglieder zu den Kommissionen im Sinne des Artikels 89 der Gemeindeordnung, insoweit in denselben spezifische Frauenangelegenheiten berührende Maßnahmen beraten werden, ein geeignetes Mittel zur Erweiterung des Einflusses, der nach den Erfahrungen der Kriegszeit den Frauen im Interesse der Allgemeinheit gewährt werden kann und soll. Sie hält es für erwünscht, daß im weiteren Umfang als bisher weibliche Beamte für die Durchführung der Weiterentwicklung der Maßnahmen, welche Frauen interessen betreffen, in Stadt und Gemeinde angestellt und daß entsprechende Ausbildungseinrichtungen gefördert werden.

Müssen aber Frauen schwere, gesundheitsschädigende Männerarbeit verrichten, gibt man weniger gewundene Erklärungen ab. Das Frauenstimmrecht soll abgelehnt werden, trotzdem in Deutschland mehr Frauen wie Männer erwerbstätig sind. In der Metallindustrie arbeiten zirka 266,000 Frauen, manche von ihnen haben 50 bis 100 Pfund schwere Granaten zu heben. Mehr als die Hälfte von ihnen arbeiten über 54 Stunden die Woche, manche 15 Stunden im Tag, die meisten 12 Stunden. In den Bergwerken ersetzen drei Frauen zwei Männer, oft, wo der